PARTEI
DEMOKRATISCHER AUFBRUCH
sozial , ökologisch

Reaktionell bearbeitete Materialsammlung
(Berlin, den 30.Oktober 1989)

S P E N D E N A U F R U F

MITGLIEDER , FREUNDE , SYMPATHISANTEN !

Unsere noch junge öko-soziale Partei "Demokratischer Aufbruch" beginnt politisch wirksam zu werden. Sowohl der mühselige Aufbau der Parteistrukturen von unten nach oben als auch die inhaltlich ausgereifte Programmarbeit muß finanziert werden. Unsere anlaufenden umweltpolitischen Aktivitäten erschöpfen sich nicht in Langzeitstrategien , sondern sind bereits Bestandteil unseres politischen Alltags. Das betrifft sowohl eigene Aktionen und Projekte (unter anderem die Einrichtung und Eröffnung eines ÖKO-INSTITUTES) als auch die gezielte Unterstützung von Projekten verschiedener Gruppen, die auf anderer Ebene schon lange wirksam sind (zum Beispiel: "Gesellschaft für Natur und Umwelt","Arche").

ES GEHT UM UNSER ALLER ZUKUNFT !

Einzahlungen bitte auf
das Ö K O K O N T O 6692-45-312124
das P A R T E I K O N T O...6692-44-312122

Der Parteivorstand
des DEMOKRATISCHEN
AUFBRUCHS

****

INHALT:

Beschluß vom 30.10.1989 1
Vorläufige Grundsatzerklärung 2
Statut 5

Textauswahl:
Diskussionspapier des DA zu seinen Positionen
und zu seinem Selbstverständnis als Partei 9
Resolution des DA (29.10.89) 12
Flugblatt der Jugend (29.10.89) 12
Positionsbestimmung zur Jugendpolitik
in der DDR (29.10.89) 13
Brief an die Kinder (29.10.89) 14
Flugblatt für die Demokratie (1.11.89) 14
Adressenliste von Parteimitgliedern
zur Kontaktaufnahme (Stand vom 14.11.89).....16

BESCHLUSS
vom 30.10.1989

1. Die stimmberechtigten Teilnehmer gaben ihre Zustimmung zur vorgelegten Grundsatzerklärung vom 30.10.1989 und zum vorläufigen Statut.
In Wahrnehmung der Rechte aus Artikel 27 und 29 der Verfassung der DDR soll jeder Bürger, der der Grundsatzerklärung zustimmt, durch sachliche und konstruktive Meinungsäußerung an der Mitgestaltung der Gesellschaft der DDR mitwirken und sich frei entscheiden können, Mitglied dieser Partei zu werden, die ihre Aufgabe vorrangig darin sieht, die Mitwirkung der Bürger an der ökologischen, politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft in der DDR zu fördern.

2. Für die Dauer der Vorbereitungen bis zur endgültigen Gründung der Partei bis spätestens zum 1.Mai 1990 wurde durch die stimmberechtigten Teilnehmer ein vorläufiger Vorstand, bestehend aus zehn Mitgliedern gewählt:

Vorsitzender: WOLFGANG SCHNUR, Rechtsanwalt,
Hüerbaasweg 3 , Rostock 18 , 2500
Stellvertreterin: BRIGITTA KÖGLER, Rechtsanwältin,
Johann-Griesbach-Str. 22,Jena, 6900
Stellvertreter: ERHART NEUBERT, Soziologe,
Wilhelm-Pieck-Str. 43, Berlin, 1054
Schatzmeisterin: CHRISTIANE ZILLER, Musikdramaturgin,
Senefelder Str. 2, Berlin, 1058
Pressesprecher: RAINER EPPELMANN, Pfarrer,
Samariterstr. 27, Berlin, 1035

Mitglieder: EDELBERT RICHTER, Dozent,
Kantstr. 9, Weimar, 5300
RUDI PAHNKE, Pfarrer,
Georgstr. 14, Borgsdorf, 1404
HERBERT WIRZEWSKI, Schlosser,
Bahnhofstr. 13, Milmersdorf, 2091
GUNTHER NOOKE, Physiker,
Bahnhofstr. 6, Forst, 7570
Dr. FRED EBELING, Ingenieur,
Scherenbergstr. 23, Berlin, 1171

Die Arbeitsaufgaben des Vorstandes ergeben sich aus § 4 des vorläufigen Statuts für die zu gründende Partei.

3. Der Vorstand wurde bis zum Zusammentritt einer weiteren Delegiertenvollversammlung/ Mitgliederversammlung beauftragt, die Erarbeitung einer Wahl- und Geschäftsordnung und einer Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie vorzunehmen und die rechtlichen Vorraussetzungen für eine Anmeldung und Gründung vorzubereiten.

4. Der Vorstand wird beauftragt, für folgende Sachbereiche verantwortliche Beauftragte zu benennen (Beschluß der ersten Vorstandssitzung am 04.November 1989 wie folgt):

Brigitta Kögler:
- Bürger- und Menschenrecht
- Rechts- und Gesetzgebungspolitik

Günther Nooke:
- Umweltschutz
- Sozial- und Gesundheitspolitik

Christiane Ziller:
- Frauen-, Familien- und Kinderpolitik
- Kultur und Bildung
- Organisation und Leitung der Partei

Rudi Pahnke:
- Jugendpolitik
- Zusammenarbeit mit Bürgerinitiativen anderer demokratisch-politischer Bewegungen und Parteien

Wolfgang Schnur:
- Abrüstungs-, Friedens- und Wehrdienstfragen

Wolfgang Schnur/Rainer Eppelmann:
- Probleme der Zweidrittel-Welt
- Internationale Zusammenarbeit und Außenpolitik

Rainer Eppelmann:
- Öffentlichkeits- und Medienarbeit sowie Herausgabe einer Zeitung

Dr. Fred Ebeling:
- Finanz-, Preis- und Wirtschaftspolitik
- Wissenschaft und Technik

Dr. Fred Ebeling/Herbert Wirzewski:
- Arbeits- und Gewerkschaftspolitik

Edelbert Richter/Erhart Neubert:
- Einsetzung einer Programmkommission

* * * * *

VORLÄUFIGE GRUNDSATZERKLÄRUNG

Die Gesellschaft der DDR befindet sich in einer moralischen, sozialen, ökonomischen, ökologischen und politischen Krise. Die Symptome dieser Entwicklung lassen sich nicht mehr verdrängen.
Der Bürger wird immer noch entmündigt.
Es existieren keine ausreichenden politischen Strukturen für die öffentliche Willensbildung der Bürger.
Da zum Dialog gleichberechtigte Partner gehören, kann unsere Gesellschaft erst demokratisch werden, wenn sich neben der Einheitspartei andere politische Größen konstituieren.
Wir verstehen unsere Initiative als einen Versuch dazu.Die kritische Haltung des Demokratischen Aufbruchs (DA) zum real-existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Wir beteiligen uns am Streit um die Konzeption des Sozialismus.
Der DA ist eine politische Vereinigung, die sich zur Partei entwickeln will. Er bewegt sich im Rahmen demokratischer Verfassungsgrundsätze.
Unser Ziel ist der demokratische Aufbruch in eine leistungsfähige Industriegesellschaft mit ökologischer und sozialer Grundrichtung.
Eine erneuerte demokratische Republik erfordert:

1. DIE TRENNUNG VON STAAT UND PARTEIEN.
Der Staat stützt sich auf eine demokratische Verfassung und auf in öffentlicher Auseinandersetzung ermittelte Werte.Er gründet sich nicht auf den Wahrheitsanspruch einer Partei.Staatliche Institutionen unterliegen der öffentlichen Kontrolle und sind weltanschaulich neutral.

2. DIE ENTWICKLUNG EINER FREIEN ÖFFENTLICHKEIT UND DEN UNGEHINDERTEN ZUGANG ZU IHR.

Die Gesellschaft kontrolliert und bewertet die Tendenzen ihrer Entwicklung in der ständigen öffentlichen Auseinandersetzung. Hier werden Widersprüche der Gesellschaft aufgezeigt. Das erfordert die Auflösung des staatlichen Informations- und Medienmonopols. Wir sind für freie und jedem zugängliche Medien. Der Bürger hat das Recht, Informationen über alle staatlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten des Staates einzufordern.

3. DIE FREIE WILLENSBILDUNG UND DER ÖFFENTLICHE AUSDRUCK DES WILLENS MIT POLITISCHEN MITTELN.

Wir sind für ein Mehrparteiensystem auf der Basis inhaltlicher Alternativen. Jede zugelassene Partei kann entsprechend der Mehrheitsverhältnisse Regierungsverantwortung übernehmen. Wir streben an, daß die Massenorganisationen keinen Sitz im Parlament haben.

4. DIE TRENNUNG VON STAAT UND GESELLSCHAFT UND DIE GESELLSCHAFTLICHE KONTROLLE DES STAATES.

Die ausführenden Organe und die sie kontrollierenden , gesetzgebenden Organe sind getrennt. Die unabhängige Verwaltungs - und Verfassungsgerichtsbarkeit schützt die Grundrechte der Bürger gegenüber der Staatsmacht.

5. DIE VERGESELLSCHAFTUNG DES EIGENTUMS AN PRODUKTIONSMITTELN.

Das Volkseigentum ist ein irreführender Begriff für das in der DDR bestehende Staatseigentum, der aufgegeben werden soll. Das Staatseigentum beschränkt sich auf die Großindustrie, steht unter öffentlicher Kontrolle und ist mit betrieblichen Mitbestimmungen beziehungsweise Selbstverwaltungen verbunden. Kleinindustrie und Dienstleistungen können genossenschaftlich oder privat organisiert sein.
Monopolisierte Eigentumsformen werden abgelehnt.

6. DIE BESCHRÄNKUNG DES PLANES AUF GRUNDTENDENZEN DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG UND DIE ROLLE DES MARKTES.

Der Plan steckt einen allgemeinen Rahmen für wirtschaftliches Handeln ab. Marktwirtschaftliche Prinzipien werden zur Förderung der Eigenverantwortlichkeit aller wirksam. Der Staat ist verpflichtet, sozial Schwache zu schützen und die Gefährdung der Umwelt abzubauen.

7. DIE WIRTSCHAFTLICHE EFFEKTIVITÄT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT.

Der Ausgleich zwischen dem Anliegen wirtschaftlicher Effektivität und sozialer Gerechtigkeit wird durch die Gesellschaft selbst herbeigeführt. Deshalb fordern wir freie und unabhängige Gewerkschaften und andere Interessenvertretungen. Es muß ein effektiver Schutz von Minderheiten durch gesetzliche Regelungen und die Einrichtung variabler Fonds gesichert werden.

8. DEN ÖKOLOGISCHEN UMBAU DER INDUSTRIEGESELLSCHAFT.

Ökologische Faktoren müssen zunehmend in die Kostenrechnungen der Betriebe eingehen. Durch Besteuerung und gesetzliche Regelungen wird langfristig angestrebt, daß die jeweils umweltverträglichste Variante der Produktion auch die wirtschaftlichste ist.
Die Entwicklung und Nutzung regenerierbarer Energiequellen wird in einem breit angelegten Wettbewerb forciert, der sich besonders der Kräfte des Marktes bedient. Die durch die Dringlichkeit der

ökologischen Umgestaltung vermutlich entstehenden kollektiven und Einzelinitiativen sind entscheidender Motor dieser Entwicklung. Entsprechend dem Prinzip der öffentlichen Willensbildung sind sie zugleich Mitintiatoren für die Veränderung von Bedürfnisstrukturen.

9. AUSSENPOLITISCHE ORIENTIERUNG.

Die politischen Forderungen und Handlungsziele des DA sind eingebettet in die große Hoffnung auf Errichtung des gemeinsamen europäischen Hauses, einer europäischen Friedensordnung und einer gerechteren Welt. Das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, begründet in der Einheit deutscher Geschichte und Kultur, wird durch den DA hoch bewertet. Auch stellt der DA die freundschaftliche und familiäre Bindung von Millionen von Bürgern über die Grenzen hinweg in Rechnung. Wir gehen von der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Ein aktives Aufeinanderzugehen der beiden deutschen Staaten im Rahmen einer europäischen Friedensordnung unterstützen wir.

* * * * *

S T A T U T

Auf der Grundlage der rechtlichen Bestimmungen der Artikel 29 und 86 der Verfassung der DDR wird eine politische Partei zur Mitwirkung an der politischen Willensbildung der Bürger zur politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der Gesellschaft der DDR gegründet:

§ 1 NAME, SITZ UND STRUKTUR

1. Die Partei führt den Namen "Demokratischer Aufbruch - sozial,ökologisch" und hat ihren Sitz in Berlin. Die Tätigkeit der Partei erstreckt sich auf das Gebiet der DDR. Zur Gewährleistung einer arbeitsfähigen Struktur werden Orts-,Kreis-, Bezirks- und Jugendgruppen gebildet.
2. Die Partei ermöglicht allen Bürgern, die die Grundsätze der Partei anerkennen, in zu bildenden Facharbeitskreisen mitzuarbeiten, ohne selbst Mitglied dieser Partei zu werden. Die Facharbeitskreise werden von der Ortsebene bis zum Hauptausschuß wirksam.

§ 2 AUFGABEN UND ZIELE

Die Partei "Demokratischer Aufbruch -sozial, ökologisch" vereint Menschen sozialistischer, sozialdemokratischer, religiöser, liberaler und ökologischer Prägung, die an einer demokratischen Umgestaltung in der DDR mitarbeiten möchten und für eine Reform des sozialen und politischen Systems eintreten.
Die Partei fördert die Mitarbeit aller Bürger an der politischen, kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Gestaltung der DDR.Die Arbeitsgrundlage für die zu bildende Partei ist die Grundsatzerklärung vom 30.Oktober 1989 und ist für jedes Mitglied verbindlich.Die Partei wird sich an der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen auf allen Ebenen beteiligen.
Die Organe und Funktionsträger der Partei werden auf der Grundlage demokratischer Mitbestimmung gewählt bzw. abgewählt.

§ 3 ORGANE

1. Organe der Partei sind:
   a) Ortsvorstand / Mitgliederversammlung
   b) Kreisvorstand / Delegiertenversammlung
   c) Bezirksvorstand / Delegiertenversammlung
   d) Parteivorstand
   e) Hauptausschuß
   f) Delegiertenvollversammlung
2. Mit Zustimmung der Mitgliederversammlung kann eine überregionale Zussamenarbeit erfolgen.

§ 4 VORSTAND

1. Der Vorstand besteht aus dem/r Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, dem/r Schatzmeister/in, dem/r Pressesprecher/in, dem/r Geschäftsführer/in und bis zu zehn weiteren Mitgliedern.
2. Die Vertretung im Rechtsverkehr erfolgt durch den Vorsitzenden und einem zu bestimmenden Stellvertreter. Für den Fall der Ver-

hinderung vertreten der Schatzmeister und der Geschäftsführer.
3. Aufgaben des Vorstandes sind:
   a) Leitung, Verwaltung und Organisation der Partei
   b) Ausführung von Beschlüssen der Delegiertenvollversammlung / Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses
   c) Einberufung der Delegiertenvollversammlung/ Mitgliederversammlung und des Hauptausschusses
   d) Entscheidung über Ausschluß von Mitgliedern
4. Die Beschlüsse des Vorstandes werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt. Bei Stimmengleichheit muß erneut abgestimmt werden. Im Falle der erneuten Stimmengleichheit gilt der Beschluß als nicht gefaßt.
Die Beschlußfähigkeit des Vorstandes ist bei Anwesenheit der Hälfte der Mitglieder gegeben.
5. Der Vorstand wird in der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren gewählt. Das Wahlverfahren wird in einer Wahl-und Geschäftsordnung festgelegt.
6. Der Vorstand kann finanzielle und vermögensrechtliche Verpflichtungen für die Partei nur mit Beschränkung auf das Vermögen der Partei eingehen. Seine Vollmacht ist insoweit ausdrücklich begrenzt.
7. Die Bestimmungen des §4 Absatz 1-6 dieses Statutes gelten für die bestehenden Leitungsorgane der Orts-, Kreis- und Bezirksgruppe.

§ 5 MITGLIEDSCHAFT

1. Mitglied der Partei kann jede Person werden , die das 16. Lebensjahr vollendet hat. Jugendliche, die noch nicht volljährig sind, müssen eine Zustimmung der Erziehungsberechtigten vorliegen.
2. Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut anzuerkennen und zu fördern. Dies geschieht mit Unterschrift der Bereitschaftserklärung zur Mitgliedschaft.
3. Das Mitglied hat entsprechend einer von der Delegiertenvollversammlung genehmigten Finanz- und Beitragsordnung den festgesetzten Beitrag zu entrichten.
4. Die Mitgliedschaft endet durch Tod, Austritt oder Erlöschen der Rechtsfähigkeit der Partei. Bei Ausscheiden eines Mitgliedes entstehen keine vermögensrechtlichen Ansprüche an die Partei. Die Austrittserklärung muß dem Ortsvorstand schriftlich zugestellt werden und wird mit dem Tag des Zugangs rechtskräftig. Der Ausschluß eines Mitgliedes darf nur erfolgen, wenn es schwerwiegend gegen die Grundsätze und Beschlüsse der Partei sowie deren Statut verstoßen hat. Der Ortsvorstand darf das Mitglied nur nach erfolgter Anhörung ausschließen.
Das ausgeschlossene Mitglied kann innerhalb eines Monats nach dem Vorstandsbeschluß über den Ausschluß Einspruch beim Hauptausschuß einlegen. Der Hauptausschuß entscheidet innerhalb von zwei Monaten endgültig.

§ 6 DELEGIERTENVOLLVERSAMMLUNG / MITGLIEDERVERSAMMLUNG (DV/MV)

1. Eine ordentliche DV/MV wird vom Vorstand mindestens zweimal jährlich einberufen. Die Einberufung hat mindestens einen Monat vorher, unter Mitteilung der Tagesordnung, schriftlich durch den Vorstand zu erfolgen.
Die DV/MV ist ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlußfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurde.

2. Außerordentliche DV/MV können vom Hauptausschuß einberufen werden, wenn mindestens 1/3 aller Mitglieder der Partei unter Angabe der Gründe dies verlangt oder der Vorstand zur Sicherung der Rechte der Partei den Antrag stelit.
Der Hauptausschuß hat innerhalb von vier Wochen die außerordentliche DV/MV, unter Angabe der Gründe, einzuberufen.
3. Aufgaben der DV/MV:
   a) Verabschiedung der politischen Grundsätze und Aufgaben der Partei sowie Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit anderen politischen Parteien und Vereinigungen.
   b) Annahme, ergänzung, Änderung bzw. Aufhebung des Statuts, der Wahl- und Geschäftsordnung, der Finanz-, Vermögens- und Beitragsrichtlinie; Festlegung der Quoten von Jugendlichen,Frauen und Männern für Leitungs-,Funktions-und Wahlaufgaben.
   c) Annahme zur Teilnahme an der Wahl , Bestätigung des Wahlprogramms und der Kandidaten.
   d) Wahl des Hauptausschusses und des Vorstandes.
   e) Entgegennahme der Jahresarbeitsberichte des Vorstandes und des Hauptausschusses.
   f) Entgegennahme des Finanz-,Vermögens- und Beitragsberichtes; Die Berichte bedürfen der Bestätigung durch die DV/MV.
   g) Beschlußfassung über die Auflösung der Partei.
   h) Aufhebung von Beschlüsse des Hauptausschusses und des Vorstandes; Abwahl von Mitgliedern des Hauptausschusses und des Vorstandes.
4. Die Beschlußfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit außer bei Beschlüssen zu § 6 Absatz 3 Buchstaben a, b, c und g, hier ist eine 2/3 Mehrheit erforderlich.
5. Anliegen von Minderheiten sind angemessen bei Entscheidungsfindungen zu berücksichtigen.
6. Ergebnisse aus den Facharbeitskreisen werden in die Arbeit der einzelnen Gliederungen der Partei einfließen.
7. Der Hauptausschuß und der Vorstand bilden nach Zustimmung der DV/MV ständige bzw. zeitweilige Ausschüße.

§ 7 HAUPTAUSSCHUSS

1. Der Hauptausschuß wird auf der DV/MV, bestehend aus 30 Mitgliedern, für die Dauer von drei Jahren gewählt. Die Mitglieder des Vorstandes gehören dem Hauptausschuß an.
2. Aufgaben des Hauptausschusses:
   a) Erarbeitung der politischen Leitlinie der Partei.
   b) Erarbeitung der Wahlprogramme und Aufstellung von Kandidaten.
   c) Vorbereitungen und Erarbeitungen von Leitlinien für die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Bewegungen und Parteien.
   d) Wahrnehmung der politischen Aufgaben zwischen den stattfindenden DV/MV.
3. Der Hauptausschuß wird durch den Vorstand mindestens viermal jährlich mit einer vorher bekanntgegebenen Tagesordnung einberufen.
4. Die Beschlußfassung erfolgt durch einfache Stimmenmehrheit.

§ 8 FINANZEN UND VERMÖGEN

1. Die Partei finanziert sich aus den zu entrichtenden Beiträgen der Mitglieder, aus Sach- und Geldspenden sowie aus dem gebilde-

ten Vermögen.
2. Das Vermögen der Partei ist gemäß § 42 ZGB Gesamteigentum.
3. Für die Unterstützung von hilfsbedürftigen Personen und Programmen / Projekten wird ein Sonderfonds eingerichtet.
4. Für den Fall der Auflösung der Partei wird das vorhandene Vermögen dem Rechtsnachfolger bzw. der Einrichtung übertragen, die auf der Grundlage der DV/MV festgelegt wurde.
5. Entstehende Wirtschaftseinheiten arbeiten auf der Grundlage der Gewinn- und Verlustrechnung.
6. Zur Kontrolle der Einhaltung der Finanz- und Vermögensbildung beruft der Hauptausschuß zwei Rechnungsprüfer.

§ 9 PROTOKOLLIERUNG

Über den Verlauf der DV/MV, der jeweiligen Vorstands- und Hauptausschußsitzung ist ein Protokoll anzufertigen. Das angefertigte Protokoll ist vom Geschäftsführer und dem jeweiligen Leiter der Vollversammlung zu unterzeichnen und bei der nächsten Sitzung zur Einsichtnahme auszulegen. Abänderungen bzw. Ergänzungen müssen in der folgenden Sitzung vorgetragen und beschlossen werden.

§ 10 AUFLÖSUNG DER PARTEI

Die Auflösung der Partei ist durch Beschluß der DV mit 2/3 Mehrheit herbeizuführen.

Vorstehendes Statut wurde am 29.10.1989 in Berlin von der Gründungsversammlung beschlossen.

DISKUSSIONSPAPIER DES DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHS ZU SEINEN POSITIONEN UND ZU SEINEM SELBSTVERSTÄNDNIS ALS PARTEI

Zur Entstehung der Bewegung

Im Juni 1989 begann die Arbeit in einer Initiativgruppe. Durch die rasche Veränderung der politischen Situation kam es schon im September zu ertsen Gruppenbildungen. Am 2.10. fand in Berlin die erste Delegiertenversammlung statt, deren Arbeit von der Polizei stark behindert wurde. Am 29./30.10. konnten an der zweiten Delegiertenversammlung bereits Vertreter aus allen Bezirken der DDR teilnehmen. Dort wurde ein vorläufiger Vorstand gewählt,der bis zur nächsten Versammlung am 16./17.12. amtiert. Außerdem wurden ein ebenfalls vorläufiges Statut und eine vorläufige Grundsatzerklärung angenommen.
In Vorbereitung der nächsten Delegiertenversammlung, die in Leipzig stattfinden wird und inzwischen zum Gründungsparteitag des

DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHS - sozial, ökologisch

ausgerufen wurde, kam es auch zur Einsetzung einer Programmkommission.

Von Anfang an sind wir hier in unserem Land für einen besseren, einen "wahren" Sozialismus (St. Heym auf der Demonstration am 4.11.89 in Berlin) eingetreten.

Zur Notwendigkeit einer neuen, alternativen Partei in der DDR

Der allgemeine Vertrauensverlust der Bevölkerung in die bestehenden Strukturen, Parteien und Massenorganisationen ist inzwischen auf allen Ebenen deutlich. Neben der unverzichtbaren grundlegenden Analyse zur Entstehung dieser Situation verlangt der tief durch unsere Gesellschaft gehende Riß unsere sofortige Stellungnahme zu einigen auf der Hand liegenden Ursachen. Dazu gehören :
- an allererster Stelle der alleinige Führungs- und Wahrheitsanspruch einer Partei,
- das Unvermögen aller Beteiligeten, in den bestehenden Strukturen politische Willensblidung in demokratischen Formen zu praktizieren,
- und nicht zuletzt die völlig falsch interpretierte und praktizierte "Freiheit als Einsicht in die Notwendigkeit", denn diese führte letztendlich zu einer umfassenden Deformierung der in den Statuten ursprünglich ausgewiesenen Ziele und Inhalte aller Parteien und Massenorganisationen.
Verbunden mit den genannten Ursachen wuchsen unter uns allmählich und unaufhaltsam Frustrationen und Resignation, da der Einzelne seine elementarsten und existenziellsten Interessen und Bedürfnisse immer weniger in eben diesen vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen vertreten sah. Die daraus resultierenden ständig anwachsende Unmutsäußerungen (beginnend mit ohnmächtiger Auflehnung einzelner Betroffener bis zum jetzigen Zustand einer Eingabendemokratie) veranlaßten Partei- und Staatsführung in Fehleinschätzung der Sachlage (Auflehnung gleich Konterrevolution) den Staats- und Sicherheitsapparat immer weiter auszubauen, was letztendlich die Verselbständigung der Macht und ihren Mißbrauch (nicht erst am 7./8.10. 89) ermöglichte.
Wir rufen alle Bürger unseres Landes, einschließlich der Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane auf, zur Aufklärung realexistierender Fälle von Machtmißbrauch unnachgiebig und differenziert beizutragen, ohne neue Feindbilder aufzubauen.

Aus dem Vorangegangenen folgt für uns die Notwendigkeit der Gründung einer neuen Partei. Diese Partei muß alternativ im Sinne eines neuen basisorientierten Demokratieverständnisses handeln. Sie sollte den sozialistischen Idealen und Grundwerten verpflichtet sein. Sozialismus darf allerdings nicht mit der Herrschaft einer Partei verwechselt werden, weil dadurch die wirklichen Verhältnisse un die Bedürfnisse des Volkes verzerrt und falsch dargestellt werden. Dagegen ist das ursprüngliche Anliegen der sozialistischen Vision das dauernde demokratische Ringen um soziale Gerechtigkeit.

Zur Struktur unserer Partei

Ausgehend von der Verselbständigung der Strukturen etablierter Parteien und Organisationen verlangt eine neue Partei vor allem neue Strukturen. Diese müssen behutsam aufgebaut und ständig hinterfragt werden und zugleich die sofortige Arbeitsfähigkeit der Partei als Interessenvertreterin aller ihrer Mitglieder und potentiellen WählerInnen garantieren. Die Mitglieder haben das Recht, die von ihnen gewählten VertreterInnen zu kontrollieren.

Wir sind uns der Unvollkommenheit unseres vorläufigen Statutes bewußt. Deshalb wird diesem Thema in unseren Facharbeitskreisen und Ortsverbänden besondere Beachtung geschenkt.

"Einsicht in die Notwendigkeit" kann nur eine sachliche, argumentbezogene Einsicht sein. Darum streben wir an, daß Beschlüsse aller Ebenen von der Basis des jeweiligen Kompetenzbereiches bestätigt werden müssen. Zum Aufbau einer wirklich sozialistischen Gesellschaft gehört der parlamentarische Parteienpluralismus, um die zum Teil auch einander widersprechenden Interessen aller BürgerInnen in ihrer Vielfalt gleichberechtigt vertreten zu können. So soll zum Beispiel die Jugend die Form ihrer Vertretung innerhalb des DEMOKRATISCHEN AUFBRUCHs selbst wählen. Vorstellbar ist auch die Gründung einer eigenen Jugendorganisation.

Zur Programmatik des DA

Die Vielfalt der Interessen, Meinungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten des einzelnen ist der Reichtum der Gesellschaft. Darum sehen wir in der Förderung jedes Menschen nach seinen Vorstellungen die Möglichkeit, die Gesellschaft als Ganzes weiter zu entwickeln. Wir bestehen auf sachlicher Argumentation, auf der Kultur des Streites innerhalb der Partei und im Umgang mit Andersdenkenden. Der DA vereinigt Menschen verschiedener Weltanschauungen in der Vision einer lebenswerten Gesellschaft.

In Abrüstungsverhandlungen wird um den Abbau der latenten Kriegsgefahr gerungen.
Gleichzeitig verstärken sich die Anzeichen weiterer globaler Katastrophen: Umweltzerstörung, Überbevölkerung, Klimakatastrophe und Verelendung der Zweidrittel-Welt. Diesen existentiellen Bedrohungen der Menschheit kann nur in globaler Solidargemeinschaft begegnet werden. Wir wollen mit unserer Partei hier und jetzt die Voraussetzungen für diese Solidargemeinschaft verwirklichen helfen. Deshalb ist ein wesentlicher Bestandteil unseres Programms die ökologische Umgestaltung der Industriegesellschaft. Hohes Umweltbewußtsein, fachliche Kompetenz, effektive Wirtschaftsführung und der sparsame Umgang mit Energien und Ressourcen sind für uns Komponenten einer neuen Verantwortlichkeit unseren Kindern und Kindeskindern gegenü-

ber. Das macht es notwendig, bestehende Bedürfnisse zu überdenken, sie auf ihre Inhalte und unsere eigenen Motive und Ziele zu hinterfragen.

Zur Durchsetzung des ökologischen Umbaus der Gesellschaft sind auch starke, unabhängige Gewerkschaften unverzichtbar. Wir fordern unsere Mitglieder auf, sich aktiv in den anlaufenden Gewerkschaftsbildungsprozeß einzubringen, d.h. sich für eine von Parteien und Betriebsleitungen unabhängige Interessenvertretung aller ArbeiterInnen, Bauern, Angestellten, KünstlerInnen, Handwerker einzusetzen.

Auch die staatliche Sozialversicherung muß von einem Durchsetzungsorgan des Staatsapparates zum wirklichen Interessenvertreter der Versicherten umfunktioniert werden, nicht zuletzt um den noch Hiergebliebenen Ärzten die Versorgung der Patienten ihrem Eid gemäß zu ermöglichen.
Die ungenügende materielle und ideelle Anerkennung der Leistungen des mittleren medizinischen Personals haben bekanntlich zu katastrophalen Pflegenotständen geführt.
Wir fordern, daß der Staat seiner Verantwortung in der Sicherung der Ansprüche der sozial Schwachen, vor allem der Rentner, gerecht wird

Ein Schritt auf diesem Weg ist die dem Staatsapparat abgetrotzte Einführung des zivilen Wehrersatzdienstes, der zugleich den Beginn der notwendigen Entmilitarisierung unserer Gesellschaft darstellen muß.

Viel stärker als bisher ist das kreative Potential der Wissenschaft, der Kunst und Kultur ohne Reglementierungen in den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß einzubeziehen. Damit verbunden ist die Stärkung der weltweit anerkannten Potenzen von Geistesschaffenden in unserem Land. Wir brauchen ein von Ideologien unabhängiges Bildungswesen, daß der Freisetzung von Kreativität dient.

Grundsatz unserer Politik ist die Zusammenarbeit mit allen Parteien, Bewegungen und Einzelpersonen, die ihrerseits zu einer demokratischen Umgestaltung unserer Gesellschaft unterwegs sind. Das schließt sachbezogene Kontroversen ein.

International stehen wir jenen Kräften nahe, die, von Weltanschauungen unabhängig, auf eine globale Solidargemeinschaft hinarbeiten. Wir bekennen uns zur Idee des Europäischen Hauses und arbeiten mit an ihrer Realisierung als selbständiges, eigenverantwortliches Element. Wir streben eine breite Zusammenarbeit auf der Basis gegenseitiger Achtung und Anerkennung an, ohne Unterschiede in Zielsetzungen und Vorgehensweisen zu negieren oder zu verwischen. Dabei unterschätzen wir nicht das besondere Verhältnis zur Bundesrepublik Deutschland, begründet auf der gemeinsamen Geschichte und Kultur sowie auf vielfältigen freundschaftlichen und familiären Bindungen.

Wir grenzen uns entschieden von faschistischen, neofaschistischen, revanchistischen, militaristischen, rassistischen und chauvinistischen Aktivitäten ab !

* * * * *

RESOLUTION
des
Demokratischen Aufbruchs

Der Demokratische Aufbruch in der DDR hat begonnen, die ganze Gesellschaft ergriffen und braucht nun unumkehrbare politische und rechtliche Strukturen.

WIR FORDERN DESHALB:

1. Eine öffentliche Diskussion zur Überarbeitung der **Verfassung** der DDR, um sie an die neuen gesellschaftlichen Erfordernisse anzupassen. Insbesondere ist die Zuordnung der politischen Kräfte demokratisch zu bestimmen, statt die führende Rolle einer Partei von vornherein festzuschreiben.

2. Eine gesamtgesellschaftliche Diskussion über die **Grundwerte** und **Ziele** eines wirklichen demokratischen Sozialismus.

3. Eine strikte **Trennung** von Legislative, Exekutive und Gerichtsbarkeit. Dazu gehören unabhängige Gewerkschaften als einzige in den Betrieben tätige politische Organisationen.

4. Das politische Strafrecht in Abstimmung mit den UNO- und KSZE-Dokumenten zu revidieren.

5. Strukturen der **Friedensfähigkeit** unserer Gesellschaft zu schaffen, (Aufhebung des Einheitsprinzips der gesellschaftlichen Organisationen, der Wirtschaft, der Volksbildung; Entwicklung von Strukturen einer demokratischen Streitkultur; drastische Reduzierung und Kontrolle des Sicherheitsapparates; Umfunktionierung der Kampfgruppen und der Wehrerziehung (für dringliche Aufgaben im Umweltschutz u.a.)

6. **Offenlegung** der politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Daten und Entscheidungen auf allen Ebenen.

Berlin, den 29.10.1989

* * * * *

F L U G B L A T T D E R J U G E N D

Null bock auf FDJ !? Wir wollen keine Generation von Mitläufern mehr sein !
Wir haben die Schnauze voll von Bevormundung und Gängelung und wollen nicht mehr Kampfreserve und Handlanger einer Partei sein, deren Politik viele unserer Freunde fortgetrieben hat. Auf wieviele sollen wir noch verzichten müssen ?.
Wir fordern :
1. Abschaffung des Organisationszwanges !

2. die Möglichkeit der Bildung von neuen Jugendverbänden unterschiedlicher Prägung (aber keine Chance für Faschos und andere gewaltverherrlichende Gruppen).
3. neue Verteilung der staatlichen Gelder für Jugendarbeit.
4. Trennung von einseitiger ideologischer Ausrichtung.
5. politische Meinung darf nicht mehr zensiert werden.
6. Abschaffung des Wehrkundeunterrichts und der vormilitärischen Ausbildung.
7. Einrichtung des zivilen Ersatzdienstes und des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung.
8. Eigenverantwortlichkeit der Jugendklubs.

Um unsere Forderungen durchzusetzen, müssen wir alle anfangen, unsere Angst zu überwinden und unseren Mund nicht mehr zu halten, sondern selbst aktiv zu werden.

Jugendliche auf der Delegiertenversammlung
des "Demokratischen Aufbruch - sozial,ökologisch" Berlin, den 29.10.1989

* * * * *

POSITIONSBESTIMMUNG ZUR JUGENDPOLITIK DER DDR

1. Zur Situation

Die Jugendpolitik der DDR ist gescheitert. Die Ursachen liegen tief in den Fehlentscheidungen des DDR-Staates. Die FDJ mit ihrem Alleinvertretungsanspruch und ihren Inhalten hat die Jugendlichen nicht erreicht, weder mit ihren Wertvorstellungen noch mit ihren Strukturen. Sie profitiert bis heute von der diktatorischen Gleichschaltung und verfügt über alle staatlichen Mittel zur Ausgestaltung ihrer Arbeit. Sie hat eine Monopolstellung und muß sich nicht durch Leistung ausweisen oder in Konkurenz bewähren.

Position des DA

2. Es ist jetzt notwendig, daß die FDJ in ihrem Anspruch begrenzt wird und ihre Monopolstellung aufgibt, wobei sie sich als Jugendorganisation der SED profilieren kann, als Kampfreserve ihrer Partei. Notwendig sind die Entstehung und Bildung von Jugendverbänden der anderen Parteien und neuen politischen Vereinigungen, aber auch die Entstehung einer eigenständigen, mündigen Jugendkultur in großer Offenheit und mit vielfältigen Möglichkeiten des selbständigen Zusammenschlusses (u.a. Schülervertretungen, Studentenvertretungen, Interessenvertretungen von Jugendlichen in Betrieben usw.).
Die Jugend braucht in dieser Gesellschaft unbedingt die Möglichkeit, sich selbst verwirklichen zu können. Der DA verpflichtet sich, dem Aufbau einer demokratischen Jugendarbeit besondere Aufmerksamkeit zu widmen. -Von der Bereitstellung von Mitteln bis hin zur Eröffnung und Gestaltung einer demokratischen Jugendkultur.

3. Der DA fordert alle Parteien und neu entstandenen politischen Organisationen auf, eine eigene demokratische Jugendarbeit aufzubauen.

4. Wir streben in Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Jugendgruppen, -Organisationen oder -Vertretungen die Bildung einer rechtlich-autorisierten Interessenvertretung der Jugend gegenüber dem Staat an.

Demokratischer Aufbruch, Berlin, den 29.10.1989

* * * * *

BRIEF AN DIE KINDER

Liebe Kinder ! Berlin, den 29.10.1989

Wir leben in einer aufregenden Zeit. Auch Ihr merkt das jeden Tag.
In der Schule ist ein Platz neben Euch leer. Ihr habt Freundinnen oder Freunde verloren, weil sie die DDR verlassen haben. Das tut weh. Auch deswegen sind viele Menschen in vielen Orten auf die Straße gegangen. Sie demonstrieren. Das ist gar nicht wie am 1.Mai . Und immer wieder rufen die Menschen nach "Demokratie". Was ist Demokratie ? Man kann das ganz einfach erklären: wir alle, Kinder und Erwachsene, haben das Recht zu sagen, was wir denken (Zu lange haben wir das versäumt).
Ihr Kinder könnt eine große Hilfe sein. Fragt in der Schule, wenn Ihr etwas nicht versteht. Sprecht über die Ausreise. Fragt auch, warum es so wenig Bananen gibr, auch wenn sie nicht wichtig sind. Aufrichtigkeit und Freundlichkeit brauchen wir dringender ! Verzeiht uns, den Erwachsenen, daß wir so lange gewartet und geschwiegen haben.
Jetzt wollen wir vieles verändern. Dazu gehört Mut. Diesen Mut braucht Ihr auch in Eurer Klasse, Eurer Kindergruppe.
Glaubt uns, daß wir alles tun wollen, damit unser Leben in unserem Land wieder Spaß macht.

Demokratischer Aufbruch

* * * * *

F L U G B L A T T F Ü R D E M O K R A T I E

Der "Demokratische Aufbruch -sozial, ökologisch" (DA) ist ein Teil der politischen Opposition in der DDR. Er tritt für eine sozialistische Gesellschaftsordnung auf demokratischer Basis ein.

Wir fordern die Verwirklichung aller in der Verfassung garantierten und international vereinbarten Menschenrechte, die der Staat nicht großzügig zu gewähren sondern als menschliches Vorrecht zu schützen hat.

Dazu gehören:

*das uneingeschränkte Recht auf Meinungs-,Presse- und Versammlungsfreiheit einschließlich des Rechtes auf ungehinderte politische Willensbildung in Parteien und Vereinen (außer wenn

damit faschistisches, chauvinistisches und militärisches Gedankengut propagiert wird);
*das Recht auf freie und geheime Wahl zwischen unterschiedlichen Programmen und Personen (der DA wird sich bei den nächsten Wahlen als Partei mit eigenem Programm zur Wahl stellen);
*das Recht auf Reisefreiheit einschließlich des Rechtes auf Rückkehr ins eigene Land und das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes;

Wir fordern politische Reformen, die den bisher verfassungsmäßig garantierten Führungsanspruch der SED und den staatlichen Zentralismus einer Partei oder Ideologie in allen Gesellschaftsbereichen beseitigen; notwendig ist eine Neufassung des Artikels 1 der Verfassung der DDR.

Wir fordern Reformen im Strafrecht und Strafvollzugsrecht, die die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat stärken. Dazu gehört die Errichtung einer unabhängigen Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit.

Wir fordern Reformen im Bildungswesen, die eine freie Persönlichkeitsentwicklung ohne ideologische Bevormundung ermöglichen.

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die die Qualität der Umwelt verbessert, nicht die natürlichen Ressourcen vergeudet und keinen Raubbau betreibt, die die schleichende Inflation bekämpft, die Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft und die soziale Gerechtigkeit fördert.
Dazu gehören:

-eine vordringlich durchzuführende umfassende Rentenreform;
-der Abbau unsinniger Subventionen zugunsten einer gezielten Unterstützung der sozial Schwachen;
-die Abschaffung von Privilegien und Sonderrechten, über die keine demokratische Übereinkunft erzielt worden ist;
-das Nebeneinander unterschiedlicher Eigentumsformen in der Wirtschaft (monopolisierte werden abgelehnt), verbunden mit betrieblicher Mitbestimmung bzw. Selbstverwaltung;
-die Änderung einer restriktiven Steuer- und Zulassungspolitik u.a. für Handwerksbetriebe und den privaten Handel;
-die Unabhängigkeit der Gewerkschaften und Betriebsräte von staatlicher, betrieblicher und parteipolitischer Bevormundung;
-Einsparungen im Militär- und Sicherheitswesen zur Freisetzung materieller und personeller Reserven;
-die Einrichtung eines zivilen Wehrersatzdienstes, vorrangig im sozialen und ökologischen Bereich.

Der "Demokratische Aufbruch" hält die gegenwärtig vorhandenen politischen Strukturen nicht für ausreichend, den notwendigen Demokratisierungsprozeß zu gewährleisten. Darum hat er sich als politische Partei außerhalb der Nationalen Front formiert.
Die Mitglieder des DA wehren sich gegen die Unterstellung, die DDR in kapitalistische Verhältnisse zurückreformieren zu wollen.
Sie stehen ein für die Umgestaltung untragbarer Zustände, um eine neue Glaubwürdigkeit der Politik herzustellen.
Sie stehen ein für eine Umgestaltung untragbarer Zustände, um die zukünftige Existenz der DDR als Friedensfaktor in Europa zu ermöglichen.

DEMOKRATISCHER AUFBRUCH
BERLIN, DEN 1.11.1989

ADRESSENLISTE VON PARTEIMITGLIEDERN ZUR KONTAKTAUFNAHME

BEZIRK NEUBRANDENBURG:
Herbert Wirzewski , Bahnhofstraße 13 , MILMERSDORF , 2091
Henning Harder , Friedensstraße 21 , WAREN (MÜRITZ) , 2060

BEZIRK MAGDEBURG:
Daniel Sachrau , Schneidersgarten 1 , MAGDEBURG , 3014

BEZIRK GERA:
Brigitta Kögler , Johann-Griesbach-Str. 22 , JENA , 6900
Diethelm Anders , Friedrichstraße 9 , JENA , 6900

BEZIRK LEIPZIG:
Harald Wagner , Kurze Straße 1 , HOLZHAUSEN , 7124
Sonja Schröter , Oschatzer Straße 3 , LEIPZIG , 7010
Frank Thiemig , Schreberstraße 146 , LEIPZIG , 7010

BEZIRK KARL-MARX-STADT:
Roland Koppka , Further Straße 49 , KARL-MARX-STADT , 9002
Georg Klaus , Plauensche Straße 13 , MARKNEUKIRCHEN , 9659
Martin Falcke , Bergstraße 15 , KARL-MARX-STADT , 9003
Joachim Krause , Hauptstraße 46 , SCHÖNBERG , 9611

BEZIRK ROSTOCK:
Wolfgang Schnur , Hürbaasweg 3 , ROSTOCK , 2500
Roswitha Feiste , Dorfstraße 40c , BARTMANNSHAGEN , 2321
Rolf Ohlemann , Ernst-Thälmann-Straße 7 , HERINGSDORF , 2255

BEZIRK FRANKFURT/O.:
Thomas Schulze , Eberswalder Straße 61 , BRITZ , 1306
Bernd Julian , Thälmannstraße 73 , WANDLITZ , 1292
Dr. Matthias Schubert, Markgrafenstraße 41, MARKGRAFENPIESKE, 1241
Sven Lychatz , Ringstraße 46 , EBERSWALDE , 1302

BEZIRK SCHWERIN:
Wolfram Grafe , Schleifmühlenweg 11 , SCHWERIN , 2786

BEZIRK HALLE:
Friedrich Schorlemmer , Collegienstraße 54 , WITTENBERG , 4600

BEZIRK ERFURT:
Aribert Rothe , Schillerstraße 50 , ERFURT , 5082
Elisabeth Distel , Stolbergerstraße 115 , NORDHAUSEN , 5500
Edelbert Richter , Kantsraße 9 , WEIMAR , 5300
Horst Schulz , Moskauer Straße 92 /1005 , ERFURT , 5060

BEZIRK SUHL:
Egbert Schliebe , Max-Planck-Ring 6c /25 , ILMENAU , 6302

BEZIRK DRESDEN:
Jürgen Bönninger , Wachbergstraße 4 , DRESDEN , 8054
Johannes Pohl , Berggartenstraße 10 , DRESDEN , 8053

BEZIRK COTTBUS:
Günther Nooke , Bahnhofstraße 6 , FORST , 7570

BEZIRK POTSDAM:
Stephan Koesling , Leninallee 91 , ORANIENBURG , 1400
Gerd Engel , Chausseestraße 13a , MITTENWALDE , 1606
Helmuth Brande , Meisenweg 44 , STAHNSDORF , 1533
Rudi Pahnke , Georgstraße 14 , BORGSDORF , 1404

BEZIRK BERLIN:

Mitte
Hildigund Neubert , Wilhelm-Pieck-Straße 43 , BLN. , 1054

Prenzlauer Berg
Klaus Poek , Steengravenweg 8 , BLN. , 1055
Dominik Arndt ,Dunkerstraße 5 , BLN. , 1058

Weißensee
Mario Schatta , Tassostraße 16 , BLN. , 1120

Hellersdorf
Dr. Peter Herz , Myslowitzer Straße 51 , BLN. , 1144
Heinz-Otto Seidenschnur , Suhler Straße 56. , BLN. , 1152
Iris Hermann , Havelländer Ring 29 , BLN. , 1152

Marzahn
Dietrich Menke , Karl-Maron-Straße 32 , BLN. , 1140

Lichtenberg
Jörg Kuehn , Leninallee 210 , BLN. , 1156 , Tel.:37 228 60
Dr. Joachim Bleek , Hans-Loch-Straße 210 , BLN. , 1136

Friedrichshain
Thomas Sell , Samariterstraße 27 , BLN. , 1035 , Tel.:58 860 82

Kerstin Anger , Dolzigerstraße 10 (Qgbd.) , BLN. , 1035 ,
(Sprechzeit in der Wohnung: jeden Mittwoch 19.oo-20.oo Uhr)

Hans-Peter Schneider , Stralauer Platz 32 (gegenüber Hauptbahnhof), BLN. , 1017 , Tel.:27 924 20 (Sprechzeit in der Wohnung: jeden Dienstag 16.oo-20.oo Uhr)

Karlshorst
Margret Böhm , Stingeallee 19 , BLN. , 1157

Hohenschönhausen
Dr. Dietrich Gericke , Konrad-Wolf-Straße ... , BLN. , 1092

Treptow
Jürgen Freymann , Schmokerstraße 6 , BLN. , 1193

Köpenick/Friedrichshagen
Dr. Johannes Schönherr , Möllenseestraße 23 , BLN. , 1162

Pankow
Mathias Schnur , Straße 64 Nr.92 /145 , BLN. , 1113
Annegret Krätschel , J.-R.-Becher-Straße 38 , BLN. , 1100

Notizen / Veränderungen: .....

.....

.....

.....

PARTEI
DEMOKRATISCHER
AUFBRUCH
sozial,ökologisch

GESCHÄFTSSTELLE
Marienburger Str.12/13
Berlin , 1055
(Mo.-Fr. 9-12 / 16-20)

I/89-1/6-M1